



Athen, 16. Februar 2014

**Presseerklärung von vdää, German Physicians' Initiative for Solidarity with Greece
und Vertretern der solidarischen Praxen in Griechenland
zur Schließung aller ambulanten öffentlichen Arztpraxen in Griechenland**

Eine Delegation von Ärztinnen und Ärzten aus Deutschland hält sich derzeit Athen auf, um sich über den aktuellen Zustand des Gesundheitswesens und Möglichkeiten der Solidarität zu informieren. Dabei besuchte sie auch verschiedene „Solidarische Kliniken“ in der Stadt. In diesen von ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen mit Hilfe vieler Menschen aus der Bevölkerung gegründeten Praxen der Primärversorgung können sich unversicherte und arme Menschen in Griechenland (ob mit oder ohne griechischen Pass) umsonst behandeln und mit Medikamenten versorgen lassen.

Zusammen mit unseren griechischen KollegInnen aus den solidarischen Praxen in Elliniko/Athen, Peristeri/Athen und Piraeus stellen wir folgendes fest: Entgegen den von der deutschen und auch der griechischen Regierung in den letzten Wochen lancierten Erfolgsmeldungen, dass „Griechenland die Talsohle der Krise durchschritten“ habe und die Austeritätspolitik nun Anzeichen für eine positive ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung zeigten, schreitet in Griechenland die systematische Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung weiter und immer schneller fort. Zunehmend kann die Erfüllung elementarer Grundbedürfnisse wie medizinische Versorgung aber auch schulische Bildung nicht mehr gewährleistet werden; immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnungen oder müssen ohne Heizung und Wasser leben. Alleine in Athen können 40 Prozent der Wohnungen von ihren Bewohnern aus Geldnot nicht mehr geheizt werden.

In dieser Woche wurde nun definitiv beschlossen, dass ab Montag 17. Februar auch noch die öffentliche ambulante medizinische Versorgung „einfach“ ersatzlos gestrichen wird: Diese Praxen bzw. Polikliniken werden geschlossen und 5000 Beschäftigte dort sollen entlassen werden. Während die bisherige Krisenbewältigungspolitik dazu führte, dass mehr als 30 Prozent der Bevölkerung ohne jeglichen Versicherungsschutz leben müssen und keinen freien Zugang zum Gesundheitswesen mehr haben, sind nun durch diese Maßnahmen auch die Versicherten massiv betroffen: Wer genügend Geld zur Verfügung hat, kann zu einem Privatarzt gehen; die anderen werden wegen jeglicher medizinischer Anliegen auf Krankenhäuser verwiesen. Gleichzeitig werden aber weitere Krankenhäuser geschlossen und die übriggebliebenen sind mit der Notfallversorgung schon jetzt hoffnungslos überfordert. Diese für jeden vor Ort offensichtliche Misere wird sowohl von der griechischen als auch der deutschen Regierung sowie der EU geleugnet.

Wir weisen die europäische Öffentlichkeit darauf hin, dass hier sehenden Auges eine Gesellschaft und ihr Gesundheitswesen auf dem Rücken der Schwächsten und Ärmsten zugrunde gerichtet wird. Dieser Abbau von elementaren Grundrechten ist durch nichts zu rechtfertigen und muss sofort gestoppt werden.

*Dr. Bernhard Winter (stellvertr. Vorsitzender des vdää)
Dr. Anke Kleinemeier (German Physicians' Initiative for Solidarity with Greece/Hamburg)
VertreterInnen der Solidarischen Praxen*